

Nachrichten für Naunhof

Amtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

3. Aufl. Sonntagsbeilage

Preisprophet Nr. 2

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staubitz, Threna zc.

Er erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr. Bezugspreis vierteljährlich 3 Mk., monatlich 1 Mk., durch die Post bezogen inkl. der Postgebühren 3 Mk. 20 Pfg. Anzeigenpreis: die sechsgehaltene Zeile 25 Pfg., auswärts 30 Pfg. Amtlicher Teil 50 Pfg. Reklamazeile 60 Pfg. Beilagegebühr pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vorm.

Nr. 82.

Freitag, den 11. Juli 1919.

30. Jahrgang.

Amtliches.

Belieferung der Nahrungsmittelkarten

für Kranke, Schwangere und Stillende mit je
150 gr Weizenmehl und
125 gr Puddingpulver für 55 Pfg.

In der Zeit vom 17. bis 19. Juli.
Karteninhaber haben bis zum 12. Juli bei einem von der Gemeinde angegebenen Händler oder einer Apotheke einen Vorkaufsschein abtrennen zu lassen.
Die Händler bzw. Apotheken liefern die Abkiste bis zum 14. Juli ab. Die Abgabe an die Händler erfolgt am 16. Juli.
Grimma, 9. Juli 1919.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.
Warenverteilungsstelle C. A. Hoff.

Milch-Verkauf.

In den hiesigen Handelsgeschäften wird Freitag, den 11. d. M. amerikanische Vollmilch mit und ohne Zucker die Dose für 3 Mk. 30 Pfg. auf die Marke 28 der Gemeindelebensmittelkarten verkauft. Abgegeben wird auf jede Karte (A, B u. C) 1 Dose.

Außerdem werden in den Geschäften von
Anna Hildebrandt, Kaiser-Wilhelm-Straße 17 und
Franz Schimmel, Bahnhofstraße 16
Schweizer Magermilch, ausgenommen, das Pfund für 3 Mk. 70 Pfg. auf die Marke 29 der Gemeindelebensmittelkarten verkauft. Abgegeben werden auf die Karten B $\frac{1}{2}$, Pfd. C 1 Pfd. Kuh- und Ziegenhälften sind ausgeschlossen.
Einige Restbestände werden von Sonnabend, den 12. d. M. ab marktfrei verkauft.

Naunhof, am 10. Juli 1919.

Der Bürgermeister. Der Arbeiterrat.
Willer. Thiemann.

Die als verloren gemeldete Brotkarte Nr. 1249, die Warenbezugskarte Nr. 402 und die auf den Namen des Herrn Bruno Uhlisch lautende Gemeindelebensmittelkarte B werden hiermit für ungültig erklärt.

Jede widerrechtliche Benutzung dieser Karten wird bestraft.
Naunhof, am 10. Juli 1919.

Der Bürgermeister. Der Arbeiterrat.
Willer. Thiemann.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Blockade wird nach englischen Meldungen am 12. Juli aufgehoben.
- Die für Donnerstag erwarteten Reden des Ministerpräsidenten und des Außenministers sind auf nächste Woche verschoben worden.
- Trotz Herabsetzung der Lebensmittelpreise dauern die Unruhen in Italien an.
- Die Nationalversammlung ratifizierte den Friedensvertrag in namenlicher Abstimmung mit 208 gegen 115 Stimmen.
- Der Eisenbahnerstreik darf als beigelegt gelten. Nur an einigen Orten des Reiches herrschen noch bedeutende Teilstreiks.

Zur Geld in euren Beuteln!

Während Herr Erzberger in der Nationalversammlung sein Finanzprogramm zum besten gab, sahen ihm zwei Vorgänger im Amt zu Füßen: die Abgeordneten Schiffer und Dernburg. So schnell verdrängt die Republik ministerielle Kräfte, noch schneller als es zu Zeiten im Kaiserreich der Fall war. Aber die Männer, die ihre Portefeuilles dem Reichspräsidenten zurückgeben, steigen danach einfach von der Bühne der Nationalversammlung in den Parkett der Minister, ihr Wissen, ihre Sachkenntnis, ihr tüchtiges Urteil bleiben der Gesamtheit für das Allgemeinwohl, wenn auch an anderer Stelle, erhalten, und so werden wir jetzt wohl des öfteren das lehrreiche Schauspiel erleben, daß der Minister von gestern seinem Nachfolger von heute in aller Öffentlichkeit seine Behauptungen vertritt. Ein sehr nützliches Verfahren, das auch dem Laien die Bildung eines eigenen Urteils erleichtert und den jeweils verantwortlichen Geschäftsführer des Reiches zu schärfster Selbstprüfung anregt. Insofern wird uns das parlamentarische System hoffentlich einen Fortschritt in der Volkshilfe des Reiches bringen.

Die Steuerentwürfe, die Herr Erzberger am Dienstag vor der Nationalversammlung zu vertreten hatte, sind nicht sein Werk. Er hat sie, als er nach Scheidemanns Rücktritt in das Reichsfinanzministerium berufen wurde, fertig vorgefunden und natürlich, gern oder ungern, übernommen, einmal weil sie bereits veröffentlicht waren, die Steuerzahler sich also einzigermaßen auf sie eingerichtet hatten, und dann auch, weil die 1900

Wittionen, die sie eindringen sollen, auch nicht zu verachten sind — so wenig dieser Ertrag im Vergleich mit den Summen erscheint, die fortan durch unsere Reichs- und Steuerentwürfe zu geben haben werden. Erbschaftsteuer, Kriegsabgabe, Tabak- und Zuckersteuer und wie sie alle heißen mögen, wer regt sich heute noch über solche Abgaben auf. Die neue Lage erfordert neue Maßnahmen, und der erfindert Herr Erzberger ist ganz der Mann dazu, mit Plänen aufzuwarten, die doch wohl von den hergebrachten Geleiten mehr oder weniger weit abweichen werden. Aber als vorsichtiger Mann denkt er nicht daran, seine Karten zu früh aufzudecken. Nur daß wir sehr bald auch die große Vermögensabgabe bekommen sollen, steht einer tüchtig ausgebauten und erhöhten Warenumsatzsteuer, das ist uns schon jetzt ohne alle Umstände verraten worden — wahrscheinlich nur deshalb, weil auch diese Vorlagen bereits in die Amtszeit der Dernburg und Schiffer zurückreichen, während Herr Erzberger nur die letzte Hand an sie zu legen hat. Vor allem bittet er um rasche Arbeit, auf daß sobald wie möglich frisches Geld in die Kassen kommt und — das Geld frei wird, ganz frei für die weiteren Steuervorlagen, auf die er uns in demselben Atemzuge mit finanzministerieller Schonungslosigkeit vorbereitet. Wie man einem Schuldner das Fell geblüht über die Ohren sieht, das hat ja Herr Erzberger bei seinen Verhandlungen als Chef der Banken- und Wirtschaftskommission aus nächster Nähe zu lernen Gelegenheit gehabt.

Jedenfalls, zu den finanziellen Verschleierungskünstlern gehört Herr Erzberger nicht. Auch in dieser Beziehung haben ihm allerdings die Dernburg und Schiffer so gründlich vorgearbeitet, daß selbst der entschlossenste Wille zum Optimismus verlagen müßte. Nur in einem Punkte wählte er einen Ton anzuschlagen, der ängstliche Gemüter etwas aufzurichten vermag: daß nämlich unter keinen Umständen an einen Staatsbankrott zu denken sei, und daß insbesondere die Kriegsanleihen in ihren Rechten nicht verfürzt werden dürfen. Um so ungeheurer die Aufgabe, trotzdem und alledem wieder Ordnung in unser völlig zertrümmertes Finanzwesen zu bringen. Von einer geradezu entsetzlichen Höhe der Steuerlast sprach Herr Erzberger, von radikalen Geleiten und radikaler Durchführung dieser Geleite, durch die Ungerechtigkeiten des Krieges wieder gutgemacht werden sollten. Ohne das große Opfer der bestehenden Klassen werde es nicht abgehen, das von den breiten Massen des Volkes seit der Umwälzung erwartet werde, wenn gleich er nicht hinauszufragen unterließ, daß diese breiten Massen durch die alle Erwartungen übersteigenden Erhöhungen der Gehälter und Löhne bereits auf ihre Weite für einen gewissen Ausgleich der Besitz- und Einkommensunterschiede gelangt hätten. Aber das alles ging bisher zu Lasten der Reichs- und Staats- und Gemeindefassen, womit Herr Erzberger natürlich nicht gedenkt sein kann. Nach seiner Überzeugung haben wir alle noch viel zu viel Papiergeld in der Tasche und mühten uns ordentlich darauf freuen, von diesem lästigen Besitz durch die Freundlichkeit des Steuerentwerfers möglichst gründlich befreit zu werden. Die Freude wird sich ertragen lassen. Inbezug darauf kann es, darauf wird es nicht ankommen: wir müssen Geld in unseren Beuteln tun, um den Staat zu erhalten, und nur das eine können wir verlangen, daß damit so sparsam wie überhaupt nur denkbar gewirtschaftet wird, und daß bei der Verteilung der Lasten die Gerechtigkeit höchstes Geleite ist.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Großthüringen. Im Landtag zu Sachsen-Weimar erklärte Staatsminister Baulßen, daß minneme alle Thüringischen Staaten den allen Landtagen vorgelegten Gemeinschaftsvertrag, der die prinzipiellen Grundfragen des Zusammenklusses enthält, bis auf Sachsen-Rudolstadt, das seine Haltung von einer sein Schicksal entscheidenden Volksabstimmung abhängig macht, angenommen haben; auch Sachsen-Weimaringen hat sich für den Anschluß entschieden, wenn auch seine offizielle Erklärung noch nicht bei der weimaringischen Staatsregierung eingegangen ist. Weimaringen hält den alsbaldigen Zusammentritt eines vorberatenden Volks- und Staatsrates für erwünscht, ebenso ein baldiges Einsetzen mit den preußischen Gebietsteilen. Wie der Präsident des Landtages bekanntgab, wird in allernächster Zeit das Thüringische Vorparlament in Weimar zusammentreten.

+ Das Ende der Blockade. Wie aus London gemeldet wird, gab das Wirtschaftskomitee Befehl, daß, sofern bis Donnerstag abend die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland angesetzt ist, die Blockade gegen Deutschland am 12. Juli in vollem Umfang aufgehoben wird. Bloch in London nimmt zum ersten Male seit Kriegsausbruch wieder Versicherungen für Schiffstransporte nach deutschen Häfen an.

+ Eine Wohnung an die Offiziere seines Korps hat General v. Wittich erlassen und legt darin u. a.: Die Aufgabe der Reichswehr im Innern besteht in der Aufrechterhaltung geordneter Zustände. Hierbei mitzuwirken ist Pflicht jedes vaterlandliebenden und rechts denkenden Offiziers. Nur wirklich zwingende Gründe können von dieser Ehrenpflicht befreien. Ich weiß, daß

die Ereignisse der letzten Zeit dem Offizier die Ausübung seines Berufes bis an die Grenze des Möglichen erschweren. Aber der Rot des einzelnen aber steht das Vaterland. Es geht zugrunde, wenn jetzt der Offizier keimig seinen Degen zerbricht. Undank und Anpöbeleien einer gewissenlosen Menge dürfen den Offizier nicht veranlassen, von seinem Wege abzuweichen.

+ Die Preussische Landesversammlung erledigte in ihrer 42. Sitzung das Kapitel „Handel und Gewerbeverwaltung zum Staatshaushaltsplan“. U. a. wurde ein Antrag des Ausschusses für Berufspolitik angenommen, daß den Straßenhandel mit Süßigkeiten verboten. Das Haus begann sodann die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Zulassung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen. Ein Regierungsvorbericht begründete den Gesetzentwurf und betonte besonders, daß in Zukunft Deputationen nicht mehr ernannt, sondern gewählt werden sollen. Auch Geistliche sollen nur durch Wahlen zugelassen werden.

Frankreich.

+ Eine weitere Opferliste. Zu den schon mitgeteilten Namen von deutschen Persönlichkeiten, die ausgeliefert und durch die Entente abgeteilt werden sollen, veröffentlicht das Pariser „Journal“ noch folgende: General von Osen aus Kassel (Graulamkeiten im Lager von Döberitz), Leutnant Rüdiger (Graulamkeiten in Ruhleben), Major von Gorb (Graulamkeiten in Magdeburg), die Gebrüder Riemann (Rückstellungen von Gefangenen in Rastatt und Solmsmünden), General von Besny (Erziehung von 112 Einwohnern von Loon), General von Ostromski (Blinderungen und Hinrichtungen von 118 Zivilpersonen), General Riman von Sanders (Massacres in Rumänien und Serbien).

+ Aufnahme Österreichs in den Völkerbund. In ihrer Antwort auf das österreichische Ersuchen um Zulassung zum Völkerbund als Gründungsmitglied begründen die Alliierten den Beweis, den seine Haltung bisher für seine guten Absichten gegeben habe, und erklären, daß sie bereit sind, die Kandidatur Österreichs zu unterstützen, sobald es über eine verantwortliche Regierung verfüge, die imstande sei, die internationalen Verpflichtungen zu erfüllen.

Italien.

+ Neue Unruhen sind trotz der Herabsetzung der Lebensmittelpreise im ganzen Lande an der Tagesordnung. In Genua stürmte die Menge ein Polizeigebäude, wobei eine Person getötet und dreißig verwundet wurden. In Neapel ruht der Hafenbetrieb. Hier wie in Catania, Bari und Larent wurden viele Geschäfte geplündert und Schiffe am Ausfahren gebindert. In Rom kam es zu vereinzelt Tumulten. Die Polizei will in Rom ein anarchistisches Komplott entdeckt haben, das die Beschaffung von Waffen und Munition für einen Handstreich auf die öffentlichen Gebäude bezweckt.

Russ- und Ausland.

+ Danzig. Vier traf ein englischer Ausschuss unter Führung eines Generals zur Befragung des Friedensvertrages und Besetzung Danzigs ein. Die Weiterreise ist nach Graudenz und Memel geplant.

+ Genf. Wie „Journal“ aus woblunterrichteten Kreisen vernimmt, glaubt man die Ernennung des Barons Persner zum Vorsitzenden der deutschen Delegation in Versailles dahin deuten zu dürfen, daß Baron Persner demnächst zum deutschen Geschäftsträger in Paris ernannt wird.

+ Amsterdam. Wie das „Algemeen Handelsblad“ meldet, ist die Ausfuhr von Pferden aus den Niederlanden nach Deutschland wieder gestattet. Es werden von Groningen etwa 100 Pferde und 30 Kinder nach Deutschland abgehen.

+ London. Nach einer Mitteilung des Arbeiterblattes „Daily Herald“ dürfte der bekannte deutschfeindliche britische Arbeitsminister Barnes britischer Botschafter in Berlin werden.

Um Wilhelm II.

Auch Prinz Heinrich stellt sich zur Verfügung.

Der Bruder Wilhelms II., Prinz Heinrich von Preußen, hat an den König von England ein Telegramm gerichtet, in dem er sich diesem zur Verfügung stellt, um die Wahrheit über die Kriegsverhältnisse und deren Folgen ans Licht zu bringen. Prinz Heinrich weist nochmals auf die unbedingte Friedensliebe des Kaisers hin und bittet, von der Auslieferung Wilhelms II. Abstand zu nehmen. — Auch Prinz Friedrich Wilhelm zur Lippe hat sich freiwillig zur Auslieferung an Stelle des Kaisers gemeldet.

+ Das Urteil des holländischen Pringemahls. Der in der Schweiz weilende Pringemahl der Niederlande erklärte einem Vertreter der „Daily News“, er könne über die Haltung Hollands gegenüber der Entente eine bestimmte Antwort nicht geben. Holland sei in gleicher Lage wie die Schweiz. Wenn Deutschland in Ausführung des Vertrages die Auslieferung des Kaisers verlange, sei Holland verpflichtet, dieselbe auszuliefern.

Der Kaiser — englischer Untertan!
Etwas ganz Besonderes hat der juristische Mitarbeiter